

2/SN-382/ME XVIII. GP - Stellungnahme (gescanntes Original) 2/SN-382/ME
AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG, LANDESAMTSDIREKTION

Postanschrift 1014 Wien, Postfach 6

Fernschreibnummer 13 4145, Telefax (0 22 2) 531.10 3610

Parteienverkehr: Dienstag 8 - 12 Uhr und 16 - 19 Uhr

Wien 1, Herrengasse 11 - 13

zu erreichen mit:

U 3 (Haltestelle Herrengasse)

2A, 3A (Haltestelle Michaelerplatz)

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 1014

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales
Stubenring 1
1010 Wien

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. 22	-GE/19
Datum: 27. MRZ. 1994	
Verteilt 28. April 1994	

Beilagen

LAD-VD-9162/79

Bei Antwort bitte Kennzeichen angeben

Bezug

52.135/3-2/94

Bearbeiter

Mag. Kleiser

(0 22 2) 531 10

Durchwahl

2108

Datum

26. April 1994

Betrifft

Änderung des Mutterschutzgesetzes 1979 und des Eltern-Karenz-
urlaubsgesetzes

Die NÖ Landesregierung beehrt sich zum Entwurf eines Bundes-
gesetzes, mit dem das Mutterschutzgesetz 1979 und das Eltern-
Karenzurlaubsgesetz geändert werden, wie folgt Stellung zu
nehmen:

Zu Z. 3:

Die hier vorgesehenen Beschäftigungsverbote für stillende Mütter
sollten aus systematischen Gründen besser im § 5 (Beschäftigungs-
verbote nach der Entbindung) geregelt werden.

Zu Z. 6:

Bei Abs. 2 handelt es sich um eine Übergangsbestimmung, die daher
besser im § 38a (Übergangsbestimmungen) geregelt werden sollte.

Aus legistischen Gründen sollte der Abs. 3 als Halbsatz in den
Abs. 1 integriert werden. Folgende Formulierung wird vorge-
schlagen:

"Werdenden und stillenden Müttern ist es zu ermöglichen, sich
unter geeigneten Bedingungen hinzulegen und auszuruhen, sofern
sie nicht außerhalb von Betriebsgebäuden und sonstigen ortsgebun-
denen Anlagen beschäftigt werden."

- 2 -

Zu Z. 8:

Da § 13 in der im Entwurf vorgesehenen Fassung nunmehr eine umfassende Regelung der Parteistellung enthält, wird angeregt, diese Regelung in die Verfahrensvorschriften des § 35 aufzunehmen.

Zu Z. 13:

Aufgrund des Entfalles der §§ 29 und 30 wäre das Zitat im § 24 Mutterschutzgesetz entsprechend anzupassen.

Zu Z. 17:

Im Hinblick auf den neu geschaffenen § 38b hätte im § 11 des Mutterschutzgesetzes die Wortfolge "in der jeweils geltenden Fassung" im Klammerausdruck zu entfallen.

Dem Präsidium des Nationalrates werden u.e. 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme übermittelt.

NÖ Landesregierung

Dr. P r ö l l

Landeshauptmann

- 3 -

LAD-VD-9162/79

1. An das Präsidium des Nationalrates (25-fach)
2. an alle vom Lande Niederösterreich entsendeten Mitglieder
des Bundesrates
3. an alle Ämter der Landesregierungen
(zu Händen des Herrn Landesamtsdirektors)
4. an die Verbindungsstelle der Bundesländer
5. an das Büro des Bundesministers für Föderalismus und
Verwaltungsreform

zur gefälligen Kenntnisnahme

NÖ Landesregierung
Dr. P r ö l l
Landeshauptmann

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung

